



Vernunft gegen ideologische Verbohrtheit

Regierungssprecher Bußer beim „Auftakt 2013“ der CDU Dudenhofen

Eine illustre Gästeschar, eine nach- und bedenkenswerte Rede, rund 150 Parteifreunde und –freundinnen: Das ist der Stoff, aus dem „Der Neujahrsempfang im Frühling“ (CDU-Fraktionschef Clemens Jäger zur Begrüßung) gemacht war, der „Auftakt 2013“; so die Überschrift zur Matinee zum Neuen (Jahr). Laut Jäger wird weiter an der Tradition des Neujahrsempfangs der CDU Dudenhofen festgehalten – etwas anders als früher, dafür aber genau so herzlich und ein Leuchtturm im kommunalpolitischen Leben Rodgaus.

Der hessische Regierungssprecher Michael Bußer unterhielt im positivsten Sinne das Publikum mit ebenso humorvollen wie ernsthaften Gedanken rund um die Politik in Wiesbaden; wobei sein tags zuvor unternommener Ausflug zum Kickers-Stadion zum ersten Applaus der Matinee-Besucher führte. „Man sollte zu den Kickers gehen, wenn es denen nicht gut geht“, sagte Bußer. Und: „Wäre doch schade, wenn die Kickers untergingen...“

Regierungssprecher sei das schönste Amt, das ein Ministerpräsident vergeben könnte, freilich nicht das einfachste. Die Kunst es auszufüllen bestehe darin, „komplizierte Vorgänge einfach und kurz darzustellen“, so Bußer. Er erinnerte an den 22. September 2013, den Tag der Bundestags- und Landtagswahl. Für den CDU-Teil der hessischen Regierung, die seit 14 Jahren im Amt sei, wäre nach medialen Maßstäben ein Abschied überreif. Gerade die schwache Beteiligung bei Direktwahlen zeige zudem deutlich das Desinteresse vieler, zu vieler Wähler. Bei genauerer Betrachtung sollte man aber die positiven Ergebnisse dieser Regierung nicht außer acht lassen.

Bußer analysierte die Regierungsarbeit und wagte einen Blick in die Zukunft. Seine Punkte: Wo stehen wir als Landesregierung? Warum stehen wir dort? Wo wollen wir eigentlich hin?

Zuerst einmal werde man dafür gewählt, dass man Vorstellungen hat für die Zukunft, so Bußer. In diesem Zusammenhang spiele das Thema Europa sowohl bei der Bundestags- wie der Landtagswahl eine wichtige Rolle. Nicht umsonst spreche man in Europa vom „German Wunder“. Das habe mit Rahmenbedingungen zu tun, die in Berlin, in starken Regionen und in der Wirtschaft gesetzt würden. Die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes etwa sei einer der wichtigen Schlüssel zum deutschen Wirtschaftserfolg gewesen.

Zum Punkt „Wo stehen wir?“ erwähnte Bußer eine Umfrage, nach der 96 Prozent der Hessen sich wohlfühlten im Land und gerne hier wohnen. 83 Prozent sehen für sich selbst und ihre Familien positive Zukunftsperspektiven in Hessen. Außerdem würden der Landesregierung hohe Kompetenzen in Sachen Wirtschaft und innere Sicherheit attestiert. Und Volker Bouffier, der Ministerpräsident, habe den bis dato seit Jahren beliebtesten Politiker Tarek al Vazier (Grüne) abgelöst. Damit seien schon einmal Grundvoraussetzungen erfüllt, um Vertrauen in die bürgerliche Regierung zu zementieren.

Warum stehen wir dort?“ „Weil die hessische Landesregierung praktische Vernunft gegen ideologische Verbohrtheit stellt; das Gegenteil von dem, was die SPD tut,“ so Bußer.

Zum Thema Bildung und Schule sagte der Regierungssprecher, seit 1999 werde in dieses politische Feld soviel Geld hereingegeben wie in keinen anderen Bereich. „Wir haben die meisten Lehrer mit immer weniger Schülern“, sagte Bußer. Den Unzufriedenen rief er zu: „Alle Menschen sind gleich viel wert, aber nicht alle sind gleich“. Wer alle gleichmachen wolle, fahre den Staat an die Wand. Zum Thema innere Sicherheit meinte Bußer (selbst gelernter Kriminalbeamter): „In Hessen darf es keine No-go-Area geben. Das subjektive Sicherheitsgefühl besonders der älteren Menschen muss gestärkt werden.“ Die sei eine der wichtigen Leitlinien einer ideologiefreien Sicherheitspolitik.

Auch die Wirtschaft läge der Landesregierung natürlich am Herzen. Besonders erwähnte er den Flughafen und den Finanzplatz Frankfurt. Der Standortfaktor (und –Vorteil) dürfe nicht kleingemacht und zerredet werden, am Finanzplatz Frankfurt gäbe es eben nicht nur „Bonibanker“ sonder 70 000 Beschäftigte, die redlich ihre Arbeit tun und sauber ihr Geld verdienen.

Das heikle Thema Finanzausgleich klammerte Bußer ebenfalls nicht aus. Man wolle sich keineswegs aus der Solidarität heraus stellen, aber es stimme doch irgendetwas nicht, wenn drei Bundesländer in die anderen 13 einzahlen müssten; sogar in das steuerstarke Hamburg. Hessen und Bayern würden deshalb in den nächsten Tagen Klage einreichen, zugleich aber auch darüber nachdenken, was zu ändern wäre.

Zum ebenfalls umstrittenen Kinderförderungsgesetz meinte Bußer, das Land werde 2014 in diesen Bereich rund 420 Millionen Euro einzahlen – nach (umgerechnet) 70 Millionen in 1979 und 350 Millionen im vorigen Jahr. „Es ist richtig, dass Erzieher und Erzieherinnen gut ausgebildet sind,“ so Bußer, aber es könne doch nicht falsch sein, wenn eine Erzieherin eine andere Qualifikation habe, z. B. Musikpädagogin. Und: „Was ist daran schlecht, wenn sog. Schlecker-Frauen zu Erzieherinnen ausgebildet werden. Die haben oft zu Hause auch Kinder und wissen, wie damit umzugehen ist.“ Das Gerede darum sein eine „Diskriminierung ohne gleichen.“

Zum Punkt „Wo wollen wir hin?“ sagte Bußer, Ministerpräsident Volker Bouffier setze auf einen neuen, effektiven Politikstil. „Bestimmte Dinge gemeinsam lösen“ ohne parteipolitische Querelen. Gelungen sei das bereits bei der Schuldenbremse (die inzwischen in der hessischen Verfassung verankert ist), beim Energiegipfel und der Anti-Lärm-Allianz. Dennoch müsse man sich nach 14 Jahren Regierung Gedanken machen, „was wir den Menschen für die Zukunft zu bieten haben“. Ganz oben auf der Tagesordnung stünden „Frieden erhalten, der demografische Wandel, die Integrationspolitik, solide Finanzen und die Energiesicherheit – also alles Punkte, die unterm Strich den Wohlstand erhalten“.

Dafür muss der Staat nicht alles regeln, wie viele heute verlangten. „Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag“, zitierte Bußer seinen Ministerpräsidenten. „Wir sind die reichste Gesellschaft, die es je gab, mit den höchsten Schulden, die es je gab. Und die Spirale dreht sich immer weiter“, so Bußer. Es sei doch nachdenkenswert, dass diejenigen, die den Wohlstand geschaffen hätten, die wenigsten Ansprüche reklamierten. Die anderen sehen nur zu, wie sie die ihnen „zustehenden“ Ansprüche abholen könnten – egal, was danach kommt.